



Temporärfirmen fürchten EU-Deal

Gewerkschaften wollen die Temporärarbeit stärker regeln, die Personaldienstleister warnen vor den Folgen.

Von René Donzé

Der Abschluss steht kurz bevor. Am Mittwoch empfängt Bundesrat Ignazio Cassis den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Maros Sefcovic. Bis Ende Jahr sollen die Abkommen mit der EU fertig verhandelt sein. Jetzt schon ist klar, dass sie politisch umstritten sind – unter anderem wegen des Lohnschutzes, den die Gewerkschaften hart verteidigen. Unter Druck kommen dabei auch die Personaldienstleister. Die Branche ist mit der Einführung der Personalfreizügigkeit stark gewachsen und hat ihren Anteil an der Gesamtbeschäftigung von 1 Prozent um die Jahrtausendwende auf derzeit 2,5 Prozent ausgebaut. Über 400 000 Personen sind in der Schweiz temporär angestellt.

Den Gewerkschaften ist das ein Dorn im Auge: «Temporär Arbeitende stammen oft aus dem Ausland und sind die neuen Saisoniers», sagt Daniel Lampart, Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Sie hätten weniger Rechte als Festangestellte, verdienten oft weniger und würden nach getaner Arbeit wieder zurückgeschickt. Laut Adrian Wüthrich, Präsident des Dachverbandes Travail Suisse, sind ausländische Temporärarbeiter eine Konkurrenz für Festangestellte in der Schweiz. Beide Dachverbände fordern darum im Rahmen der neuen Abkommen Schutzmassnahmen. Beide wollen eine Übernahme des EU-Rechts, wonach temporär und fest angestellte Personen gleich behandelt werden müssen, etwa was den Lohn betrifft – egal ob aus der Schweiz oder dem Ausland. Dabei gehe es nicht nur um eine Abwehr von Temporärarbeitern, die in die Schweiz kämen, sondern auch um eine Verbesserung der Situation derjenigen, die schon hier seien. Im

Raum stehen auch noch andere Ideen: eine Obergrenze für Temporärarbeit bei öffentlichen Ausschreibungen – und eine Höchstdauer von temporärer Anstellung von sechs Monaten.

Solche Schutzmassnahmen wären kontraproduktiv, sagen die Personaldienstleister. Marius Osterfeld vom Verband Swisstaffing spricht von «nutzloser Polemik» der Gewerkschaften. Generell habe der Ausländeranteil bei den Stellensuchenden zugenommen, daher auch die Zunahme der temporär angestellten Ausländer. Der Schutz sei jetzt schon gut: Die Löhne würden über den allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag Personalverleih festgelegt, es gebe Krankentaggeld, berufliche Vorsorge und Weiterbildungsfonds. «Das ist ein Schutzniveau, das die EU-Richtlinie oft übertrifft.» Sein Verband liess vom Büro Swiss Economics eine Studie erstellen, die die Folgen zusätzlicher Regulierungen abschätzt. Das Fazit: «Das würde die Flexibilität der Unternehmen und Arbeitnehmenden beeinträchtigen, ohne die Arbeitsbedingungen der Temporärarbeitenden spürbar zu verbessern.» Die Studie streicht auch die Wichtigkeit des Personalverleihs für die Wirtschaft hervor, um Arbeitsspitzen zu bewältigen und Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Und: Ohne Temporärarbeit gäbe es mehr prekäre befristete Anstellungen und Schwarzarbeit. Swisstaffing sieht sich bestätigt: «Wir können belegen, dass die im Raum stehenden Vorschläge nutzlos bis kontraproduktiv sind», sagt Osterfeld. Natürlich gebe es Verbesserungsmöglichkeiten, darum werde der Verband nun sein Qualitätslabel erweitern.

Man will gerüstet sein für den EU-Showdown.